



LANDESRAT  
FRIEDRICH KNOTZER

3109 St. Pölten, Landhausplatz  
TELEFON 02742/9005 Durchwahl 12500  
FAX 02742/9005 - 13570 oder 15460  
post.lrknotzer@noel.gv.at

4. Dezember 2002

Bearbeiter: HR Mag. Thaller  
Durchwahl: 12114  
GZ.: B. Knotzer-BÜRO-68/045-2002

Herrn  
Präsident des NÖ Landtages  
Mag. Edmund Freibauer

Im Hause

Landtag von Niederösterreich  
Landtagsdirektion  
Eing.: 04.12.2002  
zu Ltg.-1050/A-5/178-2002  
— Ausschuss

Betreff: Anfrage des Abgeordneten Dr. Michalitsch betreffend  
Forderungsprogramm des Landes NÖ an die  
Bundesregierung; Ltg. –1050/A-5/178-2002

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Anfrage des Abgeordneten Dr. Michalitsch betreffend des  
Forderungsprogramms des Landes NÖ an die Bundesregierung beantworten wir  
wie folgt:

Das Forderungsprogramm des Landes NÖ an die Österreichische  
Bundesregierung wurde in der Sitzung der NÖ Landesregierung einstimmig mit  
den Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder der NÖ Landesregierung  
beschlossen.

Im Rahmen der von der Geschäftsordnung der NÖ Landesregierung, den  
sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern zukommenden  
Kompetenzbereichen, wurde mit den zuständigen Bundesministerien bzw. den  
ihnen unterstehenden Fachabteilungen folgende Bereiche seit dem

Regierungsbeschluss vom 21.3.2000 verhandelt. Die Interessen zugunsten des Bundeslandes NÖ wurden nachhaltig gewahrt bzw. auf Landesebene entsprechende politische Initiativen gesetzt. Diese haben die Position Niederösterreich gegenüber dem Bund grundsätzlich gestärkt.

Im Bereich der Wohnbauförderung ist es gelungen, das Vorhaben des Bundes, die Wohnbauförderungsmittel zu kürzen und letztendlich über die Jahre hinweg komplett abzuschaffen, zu verhindern. Dies wäre ein massiver Schlag gegen Niederösterreich und seine Interessen gewesen, zumal unser Bundesland nicht nur weiter einen großen Bedarf für den kommunalen Wohnbau hat, werden doch auch tausende Arbeitsplätze mit dem kommunalen Wohnbau gesichert und der Wirtschaft wertvolle Impulse verleihen.

Betreffend Flüchtlingsproblematik und Schubhäftlingen kam es trotz vieler Kontakte zu keiner einvernehmlichen Lösung mit dem Bund. Die aktuellen Probleme im Rahmen der Flüchtlingsbetreuungsstelle und des –lagers Traiskirchen sind bekannt.

Von den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern wurde insbesondere die Anhebung des Personalstandes der Bundesgendarmerie und die Verbesserung des Standards in der technischen Ausstattung sowie die Sicherstellung eines effizienten Grenzschatzes voll unterstützt. Die Weiterführung des Assistenzeinsatzes des Österr. Bundesheeres für das Jahr 2003 wurde erreicht. Leider konnte die Bundesregierung nicht davon überzeugt werden, dass in der niederösterreichischen Bevölkerung ein großes Bedürfnis nach Sicherheit besteht und die Menschen ein Schließen von Gendarmerieposten nicht befürwortet haben. Es wurden nicht weniger als 37 Gendarmerieposten in NÖ geschlossen, Dienstposten eingespart und ebenso die Mittel für die technische Ausrüstung gekürzt.

Die Forderung nach einem Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Unternehmen, wie dies im Forderungsprogramm des Landes

NÖ enthalten ist, konnte aufgrund eines sozialdemokratischen Initiativantrags im NÖ Landtag, der mit Mehrheit beschlossen wurde, neuerlich in Diskussion gebracht werden.

Erreicht wurde die Verlängerung des Jugendausbildungssicherheitsgesetzes, welches befristet mit 31.12.2001 ausser Kraft trat. Durch diese Änderung wurde das Jugendausbildungssicherheitsgesetz um zwei Jahre verlängert und der Teilnehmerkreis entscheidend ausgeweitet, so dass vor allem ältere Jugendliche, Schulabbrecher und Jugendliche mit besonderen Vermittlungsschwierigkeiten an den Lehrgängen teilnehmen können. Womit für einen Überhang pro Jahr von ca. 500 Lehrstellensuchenden gegenüber den angebotenen Lehrstellen die Möglichkeit eine Facharbeiterausbildung die den Ansprüchen der Wirtschaft und den Bedürfnissen der Lehrlinge gewährleistet wird.

Im Bereich der Finanzpolitik erfolgten zusätzliche Belastungen für die Länder, im besonderen Ausmaß auch für die Gemeinden. Eine Kompensation des Wegfalls der Getränkesteuer für die NÖ Gemeinden fand in den Finanzausgleichsverhandlungen nur in geringem Ausmaß statt. Ebenso erfolgte trotz massiver Bemühungen eine Reduktion der Mittel des Wasserwirtschaftsfonds statt. Dies ist um so bedenklicher, da auch die Investitionen in die öffentliche Wasserver- und -entsorgung Arbeitsplätze sichern und wichtige Aufträge für die Wirtschaft bedeuten. Als Folge der Reduktion wurde durch Verhandlungen und Gespräche auf Klubebene und im Parlament die Verlängerung der Fristen für den Ausbau der Wasserver- und -entsorgung erreicht. Somit können in Niederösterreich in einem angemessenen Zeitraum sowohl ökonomische als auch ökologische Ziele vereint werden.

Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder haben auch alle Wünsche des Landes NÖ im Zusammenhang mit den Atomkraftwerken Bohunice in der Slowakei und den Atomkraftwerken in Tschechien voll mitgetragen und voll unterstützt, auch wenn diese Regierungsbeschlüsse aufgrund der Geschäftsordnung des Landeshauptmannes an die Bundesregierung offiziell

herangetragen werden. Selbstverständlich haben einzelne Regierungsmitglieder auch ihre persönlichen Kontakte in dieser Frage zu in- und ausländischen Regierungsmitgliedern genutzt, um die Interessen des Landes NÖ bzw. die Anliegen der niederösterreichischen Bevölkerung zu vertreten.

Die Initiative gegen den Ausverkauf von Wald und Wasser wurde von unseren Regierungsmitgliedern massiv unterstützt, da gerade Niederösterreich mit seinen großen forstwirtschaftlichen Flächen stark profitiert.

Betreffend der Infrastruktur und des Ausbaus der Verkehrswege kam es auf Initiative der SPÖ-Regierungsmitglieder zu einer Neuauflage des NÖ Landesverkehrskonzeptes mit weitreichenden Änderungen in der Prioritätensetzung bzw. entsprechender Forderungen an die Bundesregierung.

Mit freundlichen Grüßen